

Gastbeitrag zur Frage von AKW-Abschaltungen und den Folgen

Signale aus Japan und Deutschland



VON MARCO BÜSCHER*

**■ DAS VOLKSBE-
GEHREN** «Mühle-
berg vom Netz»,
über welches das
Volk im Kanton
Bern am 18. Mai ab-
stimmt, verlangt
vom Kanton als
BKW-Mehrheitsak-
tionär die sofortige Abschaltung des
AKW Mühleberg. Fukushima führte
in der Schweiz und in Deutschland
zum Beschluss der Energiewende
und des Atomausstiegs.

MEHR ALS DREI JAHRE nach der
Katastrophe in Fukushima tritt wei-
terhin Radioaktivität aus. Viele Men-
schen konnten nicht in ihren alten
Lebensraum zurückkehren. Unter-
dessen hat Japans Regierung den
Ausstieg vom Atomausstieg beschlos-
sen. Gegen Widerstände in den Re-
gierungsparteien und trotz massiver
Ablehnung in der Bevölkerung setzte
Premierminister Shinzo Abe mit sei-
ner Liberaldemokratischen Partei,
der enge Verbindungen zur Atomlob-
by nachgesagt werden, diese Kehrt-
wende durch. Abe will Japan von fos-
silen Energieimporten unabhängiger
machen. Die drittgrösste Volkswirt-
schaft der Welt leidet wegen dieser
Importe unter einer negativen Han-

Der Rückbau könnte länger dauern als die Betriebszeit.

delsbilanz. Indes sind in Japan aktu-
ell alle 48 verbliebenen Reaktoren
wegen Sicherheitsrisiken ausser Be-
trieb. Laut Experten könnten bis zu
zwei Drittel stillgelegt bleiben, weil
sie die neuen Sicherheitsanforderun-
gen nicht erfüllen.

DIE ZUKÜNFTIGEN KOSTEN der –
auf Tausende Jahre notwendigen –
sicheren Endlagerung der hoch radio-
aktiven Spaltprodukte und die Kos-

ten des Rückbaus der AKWs – der
länger dauern könnte als die voraus-
gegangene Betriebszeit – bringen die
objektive Endrechnung des Atom-
stroms immer klarer auf den Tisch.
Augenwischereien mit kurzfristigen
betriebswirtschaftlichen Rechnun-
gen müssen gegenüber den relevan-
ten und gebotenen volkswirtschaftli-
chen Rechnungen hintenanstehen.

DIE DEUTSCHEN KONZERNE Eon,
RWE und EnBW fordern nun nach
«Spiegel»-Informationen eine staatli-
che Stiftung, die den Abriss der Re-
aktoren und die Lagerung des Atom-
mülls finanziert – mithin eine Ausla-
gerung der Risiken des Atomge-
schäfts. Eine öffentlich-rechtliche
Stiftung solle dann die AKWs bis
zum endgültigen Ausstieg aus der
Kernenergie im Jahr 2022 betreiben.
Die Stiftung soll für den Abriss der
Atomkraftwerke und für die Endla-
gerung verantwortlich sein. Die
Stromversorger sollten rund 30 Mil-
liarden Euro an Rücklagen einbrin-
gen. Der Staat soll im Gegenzug die
gesamten Risikoverpflichtungen
übernehmen, die heute noch bei den
Stromkonzernen liegen. Anhängige
Klagen und Schadenersatzforderun-
gen der Atomindustrie in Höhe von
bis zu 15 Mrd. Euro könnten ein Be-
standteil der Verhandlungen sein.
Unsicher ist, ob 30 Mrd. Euro dafür
ausreichend sein werden. Unklar ist,
ob bei den Energiekonzernen die er-
forderlichen Rückstellungen vollum-
fänglich und nachhaltig getätigt
wurden. Wenn nicht, was dann? Es
würde den Steuerzahler treffen.

DIE STROMPRODUZENTEN rekla-
mieren, dass eine «zu schnelle En-
ergiewende» oder die «zwangsweise
Abschaltung» älterer Atommeiler
Kosten verursachen. Ursprünglich
war die Nutzungsdauer eines AKW
mit rund 30 Jahren kalkuliert; nun
werden AKW teilweise seit rund 40
Jahren betrieben. Mit Atomstrom
verdienten die Konzerne und ihre
Anteilseigner jahrzehntelang sehr
viel Geld. Die Folgekosten und Folge-
risiken wollen die Atomstromerzeu-

ger nun an die Allgemeinheit abwäl-
zen und die Stromkunden über Steu-
ergelder für den bereits bezahlten
Atomstrom erneut zur Kasse bitten?

DIE ENERGIEVERSORGER sind auf-
zufordern, zu belegen, dass die von
ihnen gebildeten Rückstellungen
nachhaltig und ausreichend sind,
um die Altlasten und Folgekosten ih-

Langsam kommt die Endrechnung des Atom- stroms auf den Tisch.

rer Atomstromproduktion zu bezah-
len. Was wäre, wenn ein Energiever-
sorger die erforderlichen Zahlungen
nicht leisten könnte? Wären dann
nur noch staatliche Stromlieferanten
denkbar? Wie stünde es dann mit
der Energieunabhängigkeit?

ES HÄNGT WEDER von kurzfristi-
gem wirtschaftlichem Streben noch
von kurzfristigen politischen Ein-
schätzungen ab, ob AKWs technisch
kontrollierbar sind. Die Erfahrungen
lehren unkontrollierbare Gefahren.
Welches Ergebnis hätte wohl eine
Volksabstimmung für ein atomfreies
Japan? In Umfragen sind bis zu 80
Prozent der Japaner – trotz gestiege-
ner Strompreise – gegen ein Wieder-
hochfahren der AKWs.

AN BEISPIELEN in Deutschland
kann man untersuchen, wie kurzfris-
tige AKW-Abschaltungen technisch
möglich sind. Der dadurch zu de-
ckende Strombedarf lässt sich heute
an der Strombörse einkaufen. Erne-
uerbare Energien und technologische
Weiterentwicklungen sind für mor-
gen und übermorgen gefragt. Das
AKW Mühleberg ist seit 1972 am
Netz. Wie lange noch, wird das Vo-
tum der Menschen im Kanton Bern
zeigen.

* **Marco Büscher**, MBA, Betriebswirt,
Solothurn, ist Unternehmensberater
mit dem Fokus Kommunikation,
Kapitalmärkte, Japan und China.